

SAFER WORLD is a private independent international internet information network

www.safer-world.org

newsletter 91 / 15. 10. 2005

CHEMIKALIEN - EU - REACH

06.10.05

Die Chemielobby gibt nicht auf

Zwar musste die Industrie im Streit um die europäische Chemiereform eine Niederlage hinnehmen. Doch sollten sich Umweltschützer nicht zu früh freuen. Die Kampfabstimmung steht noch bevor

Aus Berlin Hanna Gersmann. Karl-Heinz Florenz ist in diesen Tagen ein gefragter Mann. Industrievertreter, Umweltschützer, Regierungsbeamte - alle wollen mit ihm über Chemiepolitik reden, ihn auf die eigene Seite ziehen. Der niederrheinische CDU-Abgeordnete ist Vorsitzender des Umweltausschusses im Europaparlament. Dessen Mitglieder stimmten am Dienstagnachmittag über die neue EU-Chemiereform ab. Das Ergebnis überraschte: Die Industrie erlitt eine Niederlage. Doch aufgeben wird ihre Lobby nicht. Die Kampfabstimmung steht erst noch bevor. Taz
<http://www.taz.de/pt/2005/10/06/a0173.nf/textdruck>

Kinder oft stärker mit Chemikalien belastet als ihre Mütter. WWF-Test findet 73 bedenkliche Schadstoffe im Blut europäischer Familien

Frankfurt (ots) - Der WWF weist in der heute in Brüssel veröffentlichten Studie "Generation X" im Blut von 13 europäischen Familien 73 bedenkliche Industriechemikalien nach. An der in Familien aus zwölf Ländern durchgeführten Untersuchung nahmen jeweils Großmutter, Mutter und ein Kind teil. Die meisten Chemikalien fanden sich bei den Großmüttern (63). Die teilnehmenden Kinder hatten mehr Schadstoffe (59) im Blut als ihre Mütter (49). Zudem wurden bei der jüngsten Generation einige der Chemikalien in den höchsten Konzentrationen nachgewiesen. Auch eine deutsche Familie beteiligte sich an dem Test.

Angesichts der Besorgnis erregenden Befunde fordert der WWF die Europäische Union auf, bei der Entscheidung über die Chemikalienrichtlinie REACH den Schutz von Umwelt und Gesundheit in den Vordergrund zu stellen. Der Gesetzentwurf dürfe nicht noch weiter abgeschwächt werden. "Es ist ein erschreckendes Ergebnis: Das Blut unserer Kinder ist mit Chemikalien belastet, über deren Wirkung wir kaum etwas wissen", sagte WWF-Expertin Dr. Ninja Reineke. "Viele der Schadstoffe stecken in Alltagsprodukten."

Aus Deutschland beteiligte sich Familie Münster aus Speyer an dem WWF-Test. Bei der Großmutter der Familie, Elfriede Hemminger, fanden sich etwas weniger Industriechemikalien als bei den anderen Vertreterinnen der älteren Generation. Bei Mutter Doris und Tochter Caroline Münster wurden hingegen mehr Schadstoffe nachgewiesen als bei den anderen Teilnehmern ihrer Generation. "Kein Mensch möchte mit einem Giftcocktail im Blut leben. Wir hoffen, dass diese Ergebnisse Politik und Industrie aufrütteln", so die 45jährige Doris Münster. In der kommenden Woche werden die Münsters gemeinsam mit den anderen Familien aus Europa nach Brüssel reisen, um den EU-Parlamentariern persönlich ihre Bedenken vorzutragen. Die erste Lesung der Chemikalienrichtlinie REACH findet im November statt.

Die Blutproben der 13 Familien wurden auf 107 langlebige, sich anreichernde und/oder hormonell wirksame Industriechemikalien untersucht. Die WWF-Studie zeigt, dass jedes Familienmitglied mit

einem Cocktail aus mindestens 18 Schadstoffen belastet ist. Neuere Chemikalien, die in Computern, Textilien, Kosmetika oder Elektrogeräten enthalten sind, wurden häufiger und in höheren Konzentrationen bei den Kindern gefunden. Dazu zählen bromierte Flammenschutzmittel, so genannte "Anti-Haft-Stoffe" oder synthetische Moschusverbindungen. Die Großmütter waren dagegen zumeist stärker mit älteren und bereits verbotenen Chemikalien wie DDT oder PCB belastet.

Das Flammenschutzmittel TBBP-A, das in Platinen elektronischer Geräte eingesetzt wird, wurde bei 18 Familienmitgliedern nachgewiesen (3 Großmütter, 7 Mütter und 8 Kinder). Die höchste Konzentration fand man im Blut eines Kindes. Von 31 verschiedenen untersuchten Flammenschutzmitteln des Typs PBDEs fanden sich 17 in der jüngsten Generation, im Vergleich zu 10 bei den Großmüttern und 8 bei den Müttern. Und die höchste Konzentration der für die Herstellung bestimmter Kunststoffe verwendeten Chemikalie Bisphenol A - eine Substanz, die bereits in minimalen Mengen das Hormonsystem beeinträchtigen kann - wurde ebenfalls in einem Kind nachgewiesen.

Die neue WWF-Studie bestätigt die Ergebnisse früherer Bluttests bei EU-Ministern, EU-Parlamentariern, Wissenschaftlern und Prominenten: Viele der nachgewiesenen Chemikalien sind langlebig und reichern sich über die Jahrzehnte im menschlichen Körper an. "REACH muss sicherstellen, dass von den Herstellern ausreichend Informationen vorgelegt werden, um insbesondere die Langzeitauswirkungen der Chemikalien beurteilen zu können. Und das geplante Zulassungsverfahren muss einen starken Anreiz setzen, gefährliche Chemikalien durch ungefährliche Alternativen zu ersetzen", forderte WWF-Expertin Reineke.

Originaltext: WWF World Wide Fund For Nature
Digitale Pressemappe: [http://presseportal.de/URL steht nicht mehr zur Verfuegung./story.htx?firmaid=6638](http://presseportal.de/URL%20steht%20nicht%20mehr%20zur%20Verfuegung./story.htx?firmaid=6638)

Weitere Informationen: Die Studie finden Sie unter www.wwf.de/bluttest. Kontakt, Fotos und TV-Material bei: Ralph Kampwirth, WWF-Pressestelle, Tel. +49-69-79144-153. Für Fachfragen wenden Sie sich an: Dr. Ninja Reineke, WWF-Chemikalienexpertin, Tel. +32-2-7400926. Fax: 069 / 79 144 116
E-Mail: kampwirth@wwf.de

Kommentar der Industrie (zur Information bzgl. der Argumentationsweise der Industrie) :

Bloßer Nachweis von chemischen Stoffen im Blut nicht gleichzusetzen mit Risiko für die Gesundheit / WWF-Familientest kein wissenschaftlich seriöses Biomonitoring

Frankfurt/Main (ots) -

Der bloße Nachweis von chemischen Substanzen im Blut bedeutet nicht zwangsläufig, dass damit ein Problem für die Gesundheit des Menschen verbunden ist. Die betreffende Person ist weder krank noch ist sie akut gefährdet zu erkranken. Nur mit einer Risikobewertung, für die zusätzliche toxikologische Informationen vor allem zu Wirkschwellen benötigt werden, lassen sich die heute in Brüssel veröffentlichten Biomonitoring-Daten des WWF aus dem Familienbluttest medizinisch und umweltpolitisch sinnvoll einordnen, erklärte der Verband der Chemischen Industrie (VCI) in einer Stellungnahme.

"Die Aktion des WWF zeigt im Prinzip nur, dass sich die Empfindlichkeit der chemischen Analytik immer weiter verbessert", betonte der für Umweltpolitik zuständige VCI-Geschäftsführer Dr. Gerd Romanowski. "Mit für den Laien bedrohlich wirkenden Begriffen und Zahlen inszeniert der WWF eine Angstkampagne gegen die Chemie." Dabei handele es sich in Wahrheit bei den Funden, so Romanowski, nur um Spuren, die weit unterhalb der Schwelle zur Gesundheitsgefährdung angesiedelt seien.

Für chemische Stoffe, deren Vorkommen schon über einen längeren Zeitraum untersucht wird, zeigen Muttermilchanalysen eine stetige Abnahme der gefundenen Konzentrationen. Dies ist zum Beispiel bei Dioxinen und Furanen, PCB oder Blei der Fall. Ein großer Teil der Stoffe aus der WWF-

Liste ist außerdem nach Aussage des VCI in der EU schon lange verboten oder in der Verwendung stark eingeschränkt worden und damit umweltpolitisch nicht mehr relevant. Für viele Stoffe existierten umfassende Risikobewertungen, die den Behörden vorlägen (siehe Daten und Fakten zur WWF-Stoffliste) und eine sichere Verwendung ermöglichten. Deshalb ist es nach Überzeugung des VCI auch nicht nachvollziehbar, aus den Ergebnissen des WWF-Bluttests Forderungen nach einer Verschärfung von REACH abzuleiten. "Für die im WWF-Test untersuchten Stoffe oder Stoffgruppen liegen die unter REACH zu liefernden toxikologischen und ökotoxikologischen Informationen bereits vor", unterstreicht VCI-Geschäftsführer Gerd Romanowski.

Wegen der enormen methodischen Fortschritte in der Analytik lassen sich in menschlichem Blut oder der Muttermilch heute mehr Stoffe nachweisen als noch vor einigen Jahren. Aus wissenschaftlicher Sicht ist diese Tatsache nicht überraschend, da der Mensch durch Atmung und Ernährung in einem ständigen Stoffaustausch mit seiner Umgebung steht. Moderne Biomonitoring-Verfahren erlauben heute den Nachweis eines Tropfens einer Substanz gelöst in 100.000 Litern, was etwa dem Fassungsvermögen eines Eisenbahnkesselwagens entspricht. Romanowski: "Das Aufspüren synthetischer Substanzen in so geringen Konzentrationen wie Millionstel (ppm) oder sogar Milliardstel Gramm (ppb) je Gramm ist nicht automatisch mit einem gesundheitlichen Risiko gleichzusetzen. Darin sind sich Wissenschaft und Behörden weitgehend einig."

Die chemische Industrie setzt seit vielen Jahren Biomonitoring-Verfahren in der Arbeitsmedizin als festen Bestandteil der Gesundheitsvorsorge für ihre Beschäftigten ein. Auf diesem Weg werden Expositionsniveaus an bestimmten Arbeitsplätzen ermittelt und interne Sicherheitsrichtlinien erarbeitet und überprüft. Die Aktion des WWF genügt hingegen in keiner Weise einem wissenschaftlich seriösen Biomonitoring, da weder die Testpersonen repräsentativ ausgewählt wurden noch eine gesundheitliche Bewertung der Messergebnisse erfolgte.

Originaltext: Verband der Chemischen Industrie e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. [/story.htx?firmaid=12523](http://www.presseportal.de/story.htx?firmaid=12523)

Pressekontakt: E-Mail: ritz@vci.de

Querverweis: Fakten zur Stoffliste liegen in der digitalen Pressemappe zum Download vor und sind unter <http://www.presseportal.de/story.htx?nr=733385> abrufbar -

04.10.05

EU-Chemikalienreform: Umweltausschuss widersetzt sich Druck der Industrie

Berlin (ots) - Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Greenpeace, die Verbraucher Initiative und Women in Europe for a Common Future (WECF) begrüßten in einer gemeinsamen Erklärung, dass der Umweltausschuss im Europäischen Parlament die Beweislast für die Sicherheit von Chemikalien bei der Industrie belassen hat. Damit hätte der Umweltausschuss einen Grundpfeiler der Chemikalienreform gestärkt. Positiv bewerteten sie auch, dass unakzeptable Chemikalien beim Vorhandensein von Alternativen ersetzt werden müssten. Allerdings kritisierten die Verbände, dass die Verordnung in der gegenwärtigen Form noch immer nicht ausreiche, um einen sicheren Schutz der Umwelt und der Bevölkerung vor giftigen Chemikalien zu garantieren.

Patricia Cameron, BUND-Chemikalienexpertin: "Der Umweltausschuss hat erfreulicherweise den Angriffen der Industrie auf REACH eine Absage erteilt. Dieses Ergebnis zeigt klar, dass am ursprünglichen Ziel, die Umwelt vor giftigen Chemikalien zu schützen, festgehalten wird."

Allerdings wird der Entschluss, dass für 20 000 der Chemikalien zwischen ein und zehn Tonnen Jahresproduktion weiterhin keine ausreichenden Sicherheitsdaten geliefert werden müssen, von den Gruppen negativ bewertet. Dies sei jedoch Voraussetzung für Identifizierung und Ersatz gefährlicher Chemikalien. "Hier ist der Umweltausschuss gegenüber der Chemieindustrie eingeknickt und nimmt in Kauf, dass die Identifizierung von umweltschädlichen Chemikalien verhindert wird." so Sonja Haider vom WECF.

Ulrike Kallee, Chemikalien-Expertin von Greenpeace: "Im November wird das Europäische Parlament mit seiner ersten Lesung im Plenum die Chance haben, REACH weiter zu verstärken. Es muss sicherstellen, dass alle gefährlichen Chemikalien identifiziert und ersetzt werden. Diese

Notwendigkeit darf nicht kurzfristigen Industrieinteressen geopfert werden."

Ralf Schmidt-Pleschka, Umweltparte der Verbraucher Initiative: "Das heutige Ergebnis ist ein Teilerfolg für den Schutz von Verbrauchern vor gefährlichen Chemikalien. Die völlige Aufweichung der Reform konnte vorerst abgewendet werden."

Anlässlich des zu REACH tagenden EU-Umweltausschusses hatten der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und sein europäischer Partner Friends of the Earth Europe (FoEE) heute in Brüssel 100 Gartenzwerge mit Totenkopf-Symbolen aufgestellt. Unter dem Motto "Keine Macht den Giftzwerge - Ein starkes REACH für sichere Chemikalien!" forderten die Umweltschützer den Umweltausschuss auf, für eine Chemikalienreform im Sinne des Umwelt-, Verbraucher- und Gesundheitsschutzes zu stimmen.

Fotos der Aktion sind unter http://www.foeeurope.org/press/2005/AK_04_Oct_REACH.htm erhältlich.

Originaltext: BUND
Digitale Pressemappe: http://presseportal.de/URL_steht_nicht_mehr_zur_Verfuegung./story.htx?firmaid=7666

Kontakt: Patricia Cameron, Chemikalienexpertin BUND, Tel: 030-27586-426, Mobil: 0175-5963816; E-Mail: patricia.cameron@bund.net , www.bundgegengift.de ;
Ulrike Kallee, Greenpeace-Chemikalienexpertin, Tel: 040-30618-328, Mobil: 0151 18053387, E-Mail: ulrike.kallee@greenpeace.de , www.greenpeace.de ;
Ralf Schmidt-Pleschka, Verbraucher Initiative, Tel: 030-536073-53, E-Mail: ralf.schmidt@verbraucher.org ;
Sonja Haider, WECF, Tel: 089-20232390, E-Mail: sonja.haider@wecf.org

04.10.05 Kommentar der Industrie (zur Information bzgl. der Argumentationsweise der Industrie) :

Kein Beitrag zu mehr Praxisnähe und Effizienz / REACH: Enttäuschende Abstimmung im Umweltausschuss des Europaparlamentes

Frankfurt/Main (ots) - Die chemische Industrie in Deutschland ist vom Abstimmungsergebnis im Umweltausschuss des Europäischen Parlamentes zur geplanten Reform des EU-Chemikalienrechts sichtlich enttäuscht. Wie der Verband der Chemischen Industrie (VCI) in Frankfurt in einer ersten Stellungnahme betonte, habe der Umweltausschuss mit seinem heutigen Votum nicht der Notwendigkeit Rechnung getragen, REACH praktikabler und kosteneffizienter zu machen.

"Wenn es nach dem Umweltausschuss geht, bleibt REACH so bürokratisch und unverhältnismäßig teuer, wie es die EU-Kommission vor zwei Jahren konzipiert hat", erklärte Dr. Gerd Romanowski, der für Umweltpolitik zuständige Geschäftsführer im VCI. Vor allem mittelständische Unternehmen würden so immense Schwierigkeiten bekommen, REACH umzusetzen. Dies hätten zahlreiche Praxistests und Untersuchungen zu den wirtschaftlichen Auswirkungen eindeutig belegt. Ein REACH-System, wie es die Mehrheit des Umweltausschusses anstrebe, werde vor allem in Deutschland zu einem erheblichen Abbau von Arbeitsplätzen führen. "Die meisten Mitglieder des Umweltausschusses", so Romanowski, "haben nicht verinnerlicht, dass eine solche REACH-Verordnung das erklärte Ziel der EU in Frage stellt, Europa bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und wachstumsstärksten Wirtschaftsraum der Welt zu machen."

Nach Ansicht des VCI hat der Umweltausschuss heute die Möglichkeit vertan, den Weg für ein REACH-System einzuschlagen, mit dem sich Umwelt- und Gesundheitsschutz verbessern lassen, ohne die Chancen der europäischen Unternehmen auf den Weltmärkten zu beeinträchtigen. Denn die beiden mitberatenden Ausschüsse für Binnenmarkt/Verbraucherschutz und Industrie hätten erst vor kurzem Kompromisse beschlossen, die einen Beitrag in diese Richtung leisten. Romanowski: "Jetzt ist das Europäische Parlament als Ganzes gefordert, in seiner ersten Lesung des REACH-Vorschlages im November doch noch die Weichen für ein besseres REACH zu stellen."

Originaltext: Verband der Chemischen Industrie e.V.

Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfuegung./story.htx?firmaid=12523>

Pressekontakt: Manfred Ritz E-Mail: ritz@vci.de

29.09.2005 **BÄK für mehr Gesundheitsschutz in der europäischen Chemikalienpolitik**
BRÜSSEL. Nach Ansicht der Bundesärztekammer (BÄK) bietet die geplante europäische Chemikaliengesetzgebung noch keinen ausreichenden Gesundheitsschutz. Das geht aus einer aktuellen ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14681&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Zur Verharmlosung der gesundheitsrelevanten Wirkung von hochfrequenten Radio- und Mikrowellenstrahlungen (einschließlich des Mobiltelefonsystems) auf die funktionellen und körperlichen Prozesse des Menschen Stellungnahme zu einer Postwurfinformation an die Schweizer Ärzteschaft:

Verfasser Prof. Dr. Dr. med. habil. Jiri Silny im Journal „frequentia“ der Schweizer Mobilfunkbranche vom Februar 2005

In ärztlicher Verantwortung für Leben und Gesundheit „elektrosmog“bedrohter Menschen Ein Appell an die Ärztinnen und Ärzte, die ihren Beruf und ihre Patienten lieben

Wissenschaftliche Tatsachen aus der internationalen Forschung zur bioaktiven Wirkung von Hochfrequenzstrahlung auf den Menschen und zum Radiofrequenz-(Mikrowellen-)Syndrom

Prof. Dr. med. habil. Karl Hecht

Stress-, Schlaf-, Chrono-, Weltraum- und Umweltmedizin

<http://www.k9s.de>

Anmerkung Scherrmann: Fuer alle, die sich in die Thematik einarbeiten, eine Fundgrube an Information, Referenzen, ...)

GENMANIPULIERTES SAATGUT

Von Greenpeace: 10.10.05

Greenpeace: Genmanipulierte Soja in Rumänien außer Kontrolle / Ex-Manager des Agrokonzerns Monsanto packt aus

Hamburg (ots) - Genmanipulierte Soja wird von rumänischen Landwirten illegal und im großen Stil angebaut. Dies geht aus einem Bericht hervor, den Greenpeace heute in Bukarest vorlegt. Landesweite Untersuchungen der Umweltschützer ergaben, dass in mindestens zehn der 42 rumänischen Landkreise ohne Wissen der zuständigen Behörden die genmanipulierte Roundup-Ready-Soja des Agromultis Monsanto angebaut wird. Der ehemalige Rumänien-Geschäftsführer des Konzerns, Dragos Dima, hat auf der gemeinsamen Pressekonferenz mit Greenpeace heute in Bukarest erklärt, dass Monsantos US-Konzernleitung bereits 1998 über die drohende unkontrollierte Ausbreitung der Gen-Soja in Rumänien informiert wurde.

"Im Jahr 1998, ein Jahr bevor die erste Gen-Soja in Rumänien angepflanzt wurde, habe ich die Geschäftsleitung von Monsanto gewarnt: Weder das Land Rumänien noch Monsanto waren in der Lage, den Gentechnik-Anbau zu beobachten und zu kontrollieren", sagt Monsanto-Aussteiger Dima. "Leider ohne Erfolg. Wegen der Ignoranz Monsantos habe ich die Firma im selben Jahr verlassen". Sieben Jahre hat sich Dima wegen der Auflage einer Schweigepflicht nicht zur Ausbreitung der Gen-Saaten geäußert. "Ich gehe heute davon aus, dass bereits 90 Prozent der angebauten rumänischen Soja genmanipuliert sind."

Im Jahr 2005 wurde in Rumänien Soja auf einer Fläche von etwa 140.000 Hektar angepflanzt, etwa

die Hälfte davon ist als gentechnisch verändert registriert. Die von Greenpeace genommenen und untersuchten Sojaprobe belegen jedoch, dass die Gen-Soja auf mindestens 100 000 Hektar wächst. Viele Landwirte verwenden einen Teil der Gen-Soja-Ernte zur Aussaat auf weiteren Flächen. Neben dem illegalen Anbau kommt es zur Verunreinigung von gentechnikfreien Sojafeldern mit Gen-Soja durch den illegalen Verkauf des Saatgutes und Auskreuzung.

Greenpeace fordert die rumänischen Behörden auf, weiteren Schaden für die rumänische Landwirtschaft abzuwenden. Der Anbau von Gen-Pflanzen bedroht die konventionelle und ökologische Landwirtschaft. "Monsanto hat die gentechnikfreie Sojaproduktion Rumäniens wissentlich aufs Spiel gesetzt", sagt Greenpeace-Gentechnikexperte Henning Strodthoff. "Der Konzern will weder Koexistenz noch Wahlfreiheit. Monsanto will Märkte erobern und beherrschen."

Zahlreiche Beispiele belegen, dass Monsantos Markt- und Machtstrategien auch den illegalen Absatz seiner Gen-Produkte befördern. In Argentinien duldete Monsanto zunächst, dass sich die Bauern illegal mit patentgeschütztem Saatgut eindeckten und andere Soja-Sorten verdrängt wurden. Auf 99 Prozent der Flächen wächst inzwischen Monsantos Roundup-Ready-Soja. Nun will Monsanto die Landwirte zur Zahlung von Gebühren zwingen. "Ähnliches droht den rumänischen Bauern. Zudem wird die rumänische Landwirtschaft Probleme bekommen, wenn das Land 2007 der Europäischen Union beitrifft. Die Mehrheit der europäischen Verbraucher lehnt Gen Food ab", sagt Strodthoff.

Achtung Redaktionen: Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an Henning Strodthoff, Tel. 0171-8780 822 oder Susanne Fromwald, Gentechnik-Expertin von Greenpeace-Österreich vor Ort in Bukarest, Tel. 0043-664 6126706. Hintergrundinformationen lassen wir Ihnen gerne zukommen. Auf www.greenpeace.de finden Sie auch den Report "**Monsantos Machtstrategien - ein Gen-Gigant kontrolliert die Landwirtschaft**".

Originaltext: Greenpeace e.V. Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de URL steht nicht mehr zur Verfuegung. /story.htx?firmid=6343>

05.10.2005

EU-Richter kippen gentechnikfreie Region Oberösterreich LUXEMBURG/BRÜSSEL. Der Versuch des Bundeslands Oberösterreich, sich zu einem gentechnikfreien Gebiet zu erklären, ist vor dem Europäischen Gericht in Erster Instanz gescheitert. ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14721&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

14.10.2005

Asbest: Früherkennung durch Osteopontin im Blut? NEW YORK. US-Forscher haben möglicherweise einen Serummarker für das Mesotheliom gefunden, das überwiegend als Folge einer beruflichen Asbest-Exposition auftritt. Das Eiweiß Osteopontin ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14833&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

12.10.2006

Tessin verbietet das Rauchen in Restaurants Im Tessin wird künftig in Bars und Restaurants wie schon beim großen Nachbarn Italien das Rauchen verboten sein.
http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=376281,4206./politik/gesundheitsystem_and

PCBs schädigen Spermien-DANN ROM. Die Belastung der Umwelt mit polychlorierten Biphenylen (PCB), die vor allem mit der Nahrung aufgenommen werden, hat in Europa zu einer nachweisbaren Abnahme der Spermienqualität ...
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14816&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63>

[a3187f36](#)

Weniger Abgase heißt weniger Kinder mit Asthma und Allergien Wer an belebten Straßen wohnt, arbeitet oder in die Schule geht, riskiert Atemwegsprobleme. Das wird seit langem vermutet. Jetzt gibt es starke Hinweise, daß das wirklich so ist. Betroffene haben ein höheres Risiko für Asthma oder Allergien als Menschen aus Gebieten mit sauberer Luft, wie Forscher aus Frankreich und der Schweiz berichten. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=375976.4205./medizin/allergien>

11.10. 2005

Nickel-Kontaktallergien werden seltener Die in vielen Duftstoffen enthaltenen Substanzen Eichenmoos und Isoeugenol, eine aus Nelkenöl hergestellte aromatische Flüssigkeit, gehören nun zu den häufigsten Auslösern einer allergischen Kontaktdermatitis. Nickel steht als Auslöser noch an der Spitze. Die Tendenz ist aber rückläufig.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=375216.4201./medizin/allergien>

05.10.3005

Beschluss: Schluss mit Rauchen an Schulen München (ddp). Bayern führt ab dem Schuljahr 2006/2007 ein generelles Rauchverbot an Schulen ein. Das bayerische Kabinett beschloss am Dienstag einen entsprechenden Gesetzentwurf. Das Verbot sei «ein klares Signal gegen Sucht und für die Gesundheit... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=10&d=5&id=120578>

Experten warnen vor Gefahr durch Passivrauchen am Arbeitsplatz KÖLN/BERLIN. Wer jahrelang in stark verqualmten Räumen arbeitet, hat ein doppelt so hohes Lungenkrebsrisiko wie Beschäftigte an rauchfreien Arbeitsplätzen. Darauf wiesen am 5. Oktober die ..

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14723&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Immer mehr Nichtraucher mit Lungenschäden Wenngleich Rauchen der mit Abstand größte Risikofaktor für COPD und Lungenkrebs ist, müssen auch andere Ursachen ins Auge gefaßt werden. Denn sogar bei Nichtrauchern ist eine COPD-Zunahme zu verzeichnen, und bis zu 20 Prozent aller derzeit diagnostizierten Lungenkarzinome betreffen Patienten, die nie oder schon lange nicht mehr geraucht haben. <http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=374692.4192./medizin/atemwege>

Zigarettegift: Verbot von Zusatzstoffen Brüssel (ddp). Ein europaweites Verbot gefährlicher Zusatzstoffe in Zigaretten rückt näher. Der Gesundheitsausschuss des Europäischen Parlaments beschloss am Dienstag in Brüssel einstimmig eine Überprüfung der gesetzlichen Bestimmungen für... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=10&d=5&id=120577>

Berlins Krankenhäuser: Künftig rauchfreie Zone Berlin (ddp). Berlins Kliniken sollen künftig für Raucher tabu sein. Laut Entwurf der neuen Krankenhaus-Verordnung werden die Einrichtungen «angehalten», rauchfreie Zonen zu gestalten, wie Gesundheitsstaatssekretär Hermann Schulte-Sasse auf eine...

<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=10&d=6&id=120591>

Studie: Millionen Opfer durch chronische Erkrankungen Eine neue Studie der Weltgesundheitsorganisation belegt, dass Millionen Todesfälle durch entsprechende Maßnahmen zur Bekämpfung chronischer Krankheiten verhindert werden könnten. <http://gms-letter.de/cgi-bin/link/810/18561/1073>

Aspartam wieder auf dem Prüfstand Eine neue Studie will beweisen, dass der Zuckerersatz Aspartam das Risiko für Nierenkrebs und Tumorerkrankungen am Kopf erhöht. <http://gms-letter.de/cgi-bin/link/810/18561/1074>

Süßstoff Aspartam als Krebserreger Mehr als 6.000 Getränke und Lebensmittel beinhalten Zuckerersatz ARD-Magazin: Immer noch erhöhte Krebsgefahr durch Acrylamid <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=051004032>

Hohe Acrylamid-Werte bei Rauchern gefunden Untersuchung bestätigt: Rolle des Ernährungsverhaltens unklar <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=051005029>

Die Belastung der Bevölkerung mit dem krebserregenden Acrylamid besteht nach einem Medienbericht in Deutschland noch immer. Möglichkeiten zur Verringerung dieser Chemikalie in Pommes ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14697&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

29.09.2005

Brustkrebs: Lange Raucherkarriere erhöht Risiko Heidelberg (ddp). Starke Raucherinnen haben ein 40 Prozent höheres Risiko für Brustkrebs als Nichtraucherinnen. Mit diesem deutlichen Befund ziehen Forscher um Christopher Li vom Fred-Hutchinson

<http://www.netdoktor.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=9&d=30&id=120541>

Großbritannien: Studie über Pestizidmissbrauch sorgt für Schlagzeilen LONDON. Die britische Regierung hat jahrzehntelang die gesundheitlichen Risiken des Pestizideinsatzes in der Landwirtschaft verschwiegen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Expertenausschuss, der ..<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14685&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Kanadischen Tabakkonzernen stehen Milliarden-Klagen bevor OTTAWA. Nach einem wegweisenden Justiz-Urteil in Kanada stehen der Zigarettenindustrie Milliarden-Klagen bevor: Erstmals erlaubte das höchste Gericht des Landes, dass eine einzelne Provinz ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14684&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

=====

PREISE

Whistleblower-Preis 2005

Preisverleihung an Prof. Theodore A. Postol und Dr. Arpad Pusztai am Samstag, dem 15.10.2005 um 20.00 Uhr Urania Berlin, An der Urania 17, 10787 Berlin

Prof. Theodore A. Postol, Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
Dr. Arpad Pusztai, Norwegian Institute of Gene Ecology (GenOk), Tromsø, Norwegen

Der Physiker Ted Postol vom renommierten MIT kritisiert seit Jahren das amerikanische Raketenabwehrprogramm (NMD) und bezichtigt in diesem Zusammenhang das Lincoln Laboratory des MIT des Wissenschaftsbetrugs sowie das MIT selbst der Vertuschung. Postol äußert seine wissenschaftliche Kritik und seine Warnungen sowohl in Fachkreisen wie auch in den Medien. Er hat damit unter Kollegen und in einer breiteren Öffentlichkeit ernsthafte Zweifel an Sinn und Funktion der US-amerikanischen Raketenabwehrpläne wie auch an dem zugrunde liegenden militärisch-technischen Sicherheitsverständnis geweckt. Er trägt fortlaufend zur Delegitimierung eines Waffensystems bei, das weitere (atomare) Aufrüstung in anderen Staaten zur Folge hätte. Mit seiner Kritik an der Vertuschungsstrategie der MIT-Führung hat er darüber hinaus die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Problematik (militärischer) Geheimforschung an Universitäten gelenkt.

Dr. Götz Neuneck (IFSH, Hamburg) wird in der Veranstaltung die rüstungspolitische Brisanz des "Falls" Postol darlegen.

Der Biologe Arpad Pusztai leitete ein dreijähriges regierungsfinanziertes Großprojekt am Rowett Research Institute, Aberdeen. Mit 35 Jahren Berufserfahrung und 270 internationalen Veröffentlichungen war er ein führender Experte auf dem Gebiet der Lektine, als er in den 90er Jahren bei Fütterungsversuchen mit gentechnisch veränderten Kartoffeln an Ratten Schäden am Immunsystem und Wachstumsstörungen verschiedener Organe feststellte. Er machte diese gänzlich unerwarteten Beobachtungen auf der Basis vorläufiger Ergebnisse öffentlich - aus Besorgnis über eine mögliche Zulassung gentechnisch veränderter Nahrungsmittel. Das führte zu seiner sofortigen Entlassung. Trotz späterer Veröffentlichung seiner Forschungsergebnisse im angesehenen Fachjournal „The Lancet“ wurde die Untersuchung bis heute nicht wiederholt. Seit seiner Entlassung setzt sich Pusztai weltweit dafür ein, dass die Sicherheit gentechnisch veränderter Organismen (GVO)

mit den angemessenen wissenschaftlichen Methoden geprüft wird. Er hat wesentlich dazu beigetragen, dass die Risiko- und Sicherheitsforschung zu GVO von Teilen der Wissenschaft, der Politik und der Öffentlichkeit zunehmend kritisch hinterfragt wird (s. dazu neuerdings das Urteil des OVG NRW vom.20.6.05 zum Informationsanspruch der Öffentlichkeit bei Sicherheitsforschung von Unternehmen).

Der Konflikt um die Forschungen von Arpad Pusztai wird von Dr. Beatrix Tappeser (Bundesamt für Naturschutz Bonn) dargestellt.

Prof. Ulrike Beisiegel (Universität Hamburg), Sprecherin des Ombudsman-Gremiums der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) für Fragen „guter wissenschaftlicher Praxis“, wird in ihrer Laudatio die gemeinsamen Aspekte beider Fälle und die Konsequenzen für den Umgang mit Dissens in Wissenschaft und Gesellschaft darlegen.

Der Preis wurde gestiftet von der VDW (Vereinigung Deutscher Wissenschaftler) und der IALANA (International Association of Lawyers Against Nuclear Arms, Deutsche Sektion).

=====

RECHT

Von der Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V.:

Das Oberlandesgericht Celle hat ein sensationelles Urteil gegen Zwangsbehandlung gefällt.

Es ist ein fantastischer Sieg der Grundrechte und eine sehr schwere Niederlage des psychiatrischen Zwangssystems!

Zitate aus dem Urteil:

"...ist eine Zwangsbehandlung auf betreuungsrechtlicher Grundlage rechtlich nicht zulässig und daher nicht genehmigungsfähig."

"Der Senat folgt insoweit der Auffassung, nach der in Anlehnung an die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur ambulanten Zwangsbehandlung (FamRZ 2001,149) auch die stationäre Zwangsbehandlung auf der Grundlage des Betreuungsrechts infolge des Fehlens einer ausreichenden Rechtsgrundlage als rechtlich nicht zulässig angesehen wird"

Wir werden in Kürze einen Kommentar von dem auf Betreuungs- und Unterbringungsrecht spezialisierten Rechtsanwalt Thomas Saschenbrecker veröffentlichen.

http://www.die-bpe.de/urteil_zwangsspritze.htm

Bundesarbeitsgemeinschaft Psychiatrie-Erfahrener e.V. Scharnweberstr. 29
10247 Berlin <http://www.die-bpe.de>

=====

VEROEFFENTLICHUNGEN - INTERNET

Zeitschrift: umwelt-medizin-Gesellschaft (umg)

Die Veröffentlichungen der umg sind eine Fundgrube fuer all diejenigen, die sich im Bereich Umwelt, Medizin und Gesellschaft informieren wollen.

Die Links stehen nicht mehr zur Verfügung

Ingrid Scherrmann: Schadstoffinduzierte Krankheiten (SIKs): Herausforderungen für Patient, Medizin, Politik und Gesellschaft

Die PowerPointPresentation als pdf-Datei (332 KB) zu einer Rede finden Sie unter <http://www.safer-world.org/d/Scherrmann/skript/SIK.htm>

=====

WOHNEN

Von CSN - Chemical Sensitivity Network:

MCS-Wohnprojekt in Nordfriesland / Nordsee

mehr unter www.csn-deutschland.de

=====

POLITIK - BEHOERDEN

=====

München, 13. Oktober 2005

Müller: Volkskrankheit Migräne - bis heute nicht heilbar - aber therapierbar

"Kombination von Schmerztherapie, Anfallsprävention und gesundheitsbewusstem Lebensstil kann die Lebensqualität erheblich verbessern"

Migräne wird als Krankheit und in Ihrer Bedeutung für unsere Gesellschaft und das Gesundheitswesen nach wie vor unterschätzt. Dies betonte Gesundheitsstaatssekretärin Emilia Müller heute beim 32. Migränesymposium der Migräne Liga Deutschland in München. Müller: "Über 10 Millionen Menschen in Deutschland, überwiegend Frauen, leiden unter Migräne. Nicht nur Erwachsene sondern bereits viele Schulkinder sind von Migräne betroffen. Für die Kranken ist damit großes menschliches Leid verbunden. Das Familienleben und die sozialen Kontakte werden erheblich beeinträchtigt." Die Krankheit lässt sich bis heute nicht heilen - man kann lediglich den Attacken vorbeugen und die Schmerzen lindern. Dennoch spielt die Krankheit in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit kaum eine Rolle. "Viele Betroffene scheuen sich, die nötige Hilfe zu suchen, weil sie fürchten, nicht ernst genommen oder gar als Simulanten abgetan zu werden. Mancher Kranke quält sich aus diesem Grund heute noch jahrelang, obwohl mit einer konsequent durchgehaltenen Kombination von Schmerztherapie und Anfallsprävention die Lebensqualität erheblich verbessert werden kann. Umso wichtiger ist es die Menschen für die Migräne zu sensibilisieren und umfassend zu informieren. Die Migräne Liga Deutschland leistet hier seit Jahren vorbildliche Aufklärungsarbeit", so Müller. Die volkswirtschaftlichen Schäden durch migränebedingten Arbeitsausfall und die finanziellen Belastungen für das Gesundheitswesen werden auf mehrere Milliarden Euro im Jahr geschätzt.

Migräne verursacht oft stärkste Kopfschmerzen, die im Extremfall Tage andauern können. Zentrale Säule im Kampf gegen die Migräne ist eine zeitgemäße Schmerztherapie. Daneben kann nach den Worten Müllers jeder Betroffene etwas tun, um die Häufigkeit und Schwere von Migräne zu beeinflussen. Ein gesundheitsbewusster Lebensstil wirkt dem Entstehen von Migräneanfällen entgegen. Müller: "Kennt man die möglichen Auslöser der Migräne, helfen oft einfache Mittel beim Vorbeugen: So sollten beispielsweise unregelmäßige Lebensweise, Hunger, Stress und spezielle Nahrungsmittel vermieden werden. Entspannungstherapie und Stressabbau wirken vorbeugend gegen Kopfschmerzen. Auch Sport, insbesondere Ausdauersportarten wie Jogging können eine prophylaktische Wirkung haben." Informationen zu diesem Thema: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Es verbluefft mich immer wieder aufs Neue, dass unter "gesundheitsbewusster Lebensstil" nicht ueber die Schaffung einer schadstoffarmen Umgebung diskutiert wird. Alle, die wissen, dass sie eine Chemikalienintoleranz (z.B. auf Substanzen in Duftstoffen) haben, wissen und erfahren, dass diese Substanzen und viele andere Chemikalien Migraene ausloesen koennen. Wenn sie sich schadstoffarme Rahmenbedingungen schaffen koennen, koennen sie ihre Migraene lindern oder zum weitgehenden Verschwinden bringen.

München, 12. Oktober 2005

Schnappauf: Lärm macht krank. Ab Februar 2006 strengere Lärmschutzwerte am Arbeitsplatz

Ab Februar 2006 gelten strengere Lärmschutzwerte am Arbeitsplatz. Anlässlich einer Tagung des DGB zum Thema "Arbeitsschutz und Prävention in Bayern" rief Bayerns Gesundheitsminister Werner Schnappauf dazu auf, schon jetzt den Lärmschutz am Arbeitsplatz weiter zu verbessern: "Lärmschwerhörigkeit ist eine schleichende Gefahr und darf nicht unterschätzt werden. Wir müssen mehr in die Prävention statt in Heilung investieren." Deshalb hat Schnappauf die

Gewerbeaufsichtsämter im Rahmen des bayernweiten Projektes "Lärmschutz am Arbeitsplatz" angehalten, Arbeitgeber und Beschäftigte verstärkt über die Gefahren durch Lärm aufzuklären. Darüber hinaus werden die Unternehmen ermuntert, bereits jetzt die strengeren Lärmschutzwerte anzuwenden. Insgesamt unterstützen die Gewerbeaufsichtsämter im Zeitraum von Juli - Dezember 2005 1500 Betriebe aller Größen und verschiedener Branchen bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen zum Lärmschutz. Wenn notwendig, ordnen die Gewerbeaufsichtsämter Maßnahmen zur Beseitigung von Defiziten an.

Mit einer neuen EG-Lärmschutzrichtlinie, die spätestens bis zum 15. Februar 2006 in nationales Recht umgesetzt werden muss, werden die bisherigen Lärmschutzvorschriften am Arbeitsplatz verschärft. Lärmschutzmaßnahmen werden dann schon ab 80 Dezibel erforderlich, d. h. 5 Dezibel früher als bisher. Wesentliche Pflicht des Arbeitgebers ist es, die Risiken von Lärm am Arbeitsplatz zu beurteilen und geeignete Maßnahmen zu treffen. Insbesondere hat er dafür zu sorgen, dass die Beschäftigten die notwendigen Gehörschutzmittel auch verwenden.

Lärm gehört zu den häufigsten Gefährdungen am Arbeitsplatz. Lärmschwerhörigkeit ist mit jährlich mehr als 6000 Fällen die am häufigsten anerkannte Berufskrankheit. In Deutschland sind ca. 5 Mio. Beschäftigte gehörgefährdendem Lärm ausgesetzt. Lärmschwerhörigkeit kommt vor allem in den Branchen Metall und Bau am häufigsten vor. Lärm hat Einfluss auf die Konzentration und Leistungsfähigkeit. Psychische Erkrankungen und dauernde Arbeitsunfähigkeit drohen. Gerade junge Menschen müssen vor den Gefahren des Lärms geschützt werden, so der Minister.

An der Aktion der Gewerbeaufsichtsämter beteiligen sich auch die Textil- und Bekleidungs- sowie die Metall-Berufsgenossenschaft Süd.

Informationen zu diesem Thema: <http://www.arbeitsschutz.bayern.de>

Anmerkung Scherrmann: Dies ist eine notwendige und wichtige Massnahme. Meines Erachtens sollten auch im Freizeitbereich - wie in manchen anderen Laendern - strengere Lärmschutzwerte eingefuehrt werden.

München, 07. Oktober 2005

Freller und Müller: Jeder 4. Jugendliche schwerhörig ? Bayern startet Aufklärungskampagne im Unterricht

Jeder vierte Jugendliche in Bayern ist hörgeschädigt. Aufklärung und Information sind daher bereits in der Schule dringend nötig. Deshalb haben Kultus-Staatssekretär Karl Freller und Gesundheits-Staatssekretärin Emilia Müller zum Schuljahresbeginn alle Schulen Bayerns um Unterstützung gebeten, das Lern- und Aufklärungsprogramm "earaction" gegen Hörschäden im Unterricht einzubinden. Karl Freller und Emilia Müller: "Wichtig ist, dass die jungen Menschen erreicht werden. Denn für sie gehört laute Musik in Discos, auf Konzerten oder vom mp3-Player zum Alltag. Schwerhörigkeit kann die Folge sein." Nach den Worten der beiden Staatssekretäre hat Schwerhörigkeit bei Jugendlichen gravierende negative Folgen im Alltag. Sie schränkt die Berufswahl ein und macht einsam. Neben den individuellen negativen Auswirkungen kommen auch hohe finanzielle Folgekosten auf die Allgemeinheit zu. In einem gemeinsamen Schreiben an die Schulleitungen und Lehrkräfte der weiterführenden Schulen wurden diese um Unterstützung bei der Präventionsmaßnahme gebeten, die sich vor allem an Jugendliche ab 14 Jahre richtet. In diesem Alter verfestigen sich die Hörgewohnheiten bei Jugendlichen.

Das Projekt "earaction" ist bundesweit das einzige interaktive Informations- und Spielprogramm, das spielerisch und ohne pädagogischen Zeigefinger auf das Problem der Schwerhörigkeit hinweist. Es wurde von Studenten der Fachhochschule München für Jugendliche konzipiert. Die meisten Informationsblöcke sind nun auch ins Englische und Türkische übersetzt, um damit Sprachbarrieren abzubauen.

Unter dem Motto "Prävention durch Faszination" hat das Gesundheitsministerium "earaction" im Rahmen der Gesundheitsinitiative ?Gesund.Leben.Bayern? unterstützt. Auf der Homepage <http://www.earaction.de> oder über eine CD-ROM erfährt man alles über die Physik und Biologie des Ohres, erhält aber auch Erste-Hilfe-Tipps, wenn es im eigenen Ohr pfeift. Ein Hörtest kann ebenfalls

direkt via Internet am PC gemacht werden.
Weitere Informationen: <http://www.gesundheit.bayern.de>

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz - www.stmuqv.bayern.de

Anmektung Scherrmann: Auch dies halte ich fuer eine wichtige und von anderen Bundeslaendern nachahmenswerte Massnahme.

=====

BUNDESTAG

keine relevanten Pressemitteilungen

=====

UBA - UMWELTBUNDESAMT

Dessau, den 05.10.2005

Abfallimporte nach Deutschland weiter gewachsen - Umweltbundesamt veröffentlicht Statistik für das Jahr 2004

Die Menge der nach Deutschland importierten genehmigungspflichtigen Abfälle ist erneut stark gestiegen: Auf 6,5 Millionen Tonnen (Mio. t) im Jahr 2004. Die Importe nahmen somit gegenüber dem Jahr 2003 um 1,6 Mio. t – oder rund 33 Prozent – zu. Als Auswirkung der Abfallablagerungsverordnung wird jedoch für das Jahr 2005 eine Trendumkehr erwartet: Die Importmengen werden zukünftig abnehmen. Beim Export genehmigungspflichtiger Abfälle wurde die Marke von 1 Mio. t überschritten. Hier wird in den nächsten Jahren mit geringen Zunahmen gerechnet.

Besonders hohen Anteil am Importanstieg haben Siedlungsabfälle aus Italien und Österreich, behandeltes Holz und – wie schon in den Jahren zuvor – Sortierreste und andere gemischte Materialien aus den Niederlanden. Zudem haben die Importe zur Ablagerung auf Deponien stark zugenommen.

Hohen Entsorgungsgebühren – etwa durch Deponiesteuern in den Nachbarstaaten, vor allem in den Niederlanden – standen marktbedingt niedrige Preise in deutschen Deponien und Müllverbrennungsanlagen für Importabfälle gegenüber. Deponien mit unzureichender technischer Ausstattung, die wegen der Abfallablagerungsverordnung zum Juni 2005 schließen mussten, nahmen noch soviel Abfälle wie möglich zu sehr geringen Preisen an. Müllverbrennungsanlagen wären bis Juni 2005 ohne zusätzliche Abfälle, die durch sehr geringe Preise eingeworben wurden, bei Weitem nicht ausgelastet gewesen.

Seit Juni 2005 sind die unzureichenden Deponien geschlossen und selbst auf technisch anspruchsvollen Deponien dürfen nur noch vorbehandelte Siedlungsabfälle abgelagert werden. Dadurch sind die Müllverbrennungsanlagen schon mit dem deutschen Müllaufkommen ausgelastet; sie müssen keine zusätzlichen Abfälle aus dem Ausland einwerben. Dies wird die Importmengen erheblich beeinflussen – es ist also ein Rückgang zu erwarten. Dies ist bereits an den vorliegenden Anmeldungen erkennbar, vor allem bei den Sortierresten mit hohen organischen Anteilen.

Keine Auswirkungen hat das Ablagerungsverbot allerdings auf die Ein- und Ausfuhr von Abfällen zur stofflichen Verwertung sowie von anorganischen Abfällen.

Für Befürchtungen, dass das Ablagerungsverbot zu verstärktem Export besonders in die neuen EU-Mitgliedstaaten führen könnte, liegen gegenwärtig keine konkreten Hinweise vor. Entsprechende Anlagenkapazitäten mit ausreichender technischer Ausstattung fehlen in den neuen EU-Mitgliedstaaten. Zudem darf dort die Entsorgung der eigenen Abfälle nicht gefährdet werden.

Der Import und der Export gefährlicher Abfälle – einer Teilmenge der genehmigungspflichtigen Abfälle – betrug für das Jahr 2004 für ausgewählte Abfallarten:

in Tonnen

mit Holzschutzmitteln behandeltes Altholz: Export (E) 12.000, Import (I) 220.000

kontaminierter Boden: E - 30 000, I - 170 000

Abfälle von Säuren, Laugen und Lösemitteln: E - 47.000, I - 130.000

Aluminiumsalzschlacke: E - 8.000, I - 130.000

Altöl: E -4.000, I - 60.000

asbesthaltige Abfälle: E - 220, I - 22.000

FCKW-haltige alte Kühlgeräte: E- 160, I - 15.000

PCB-haltige Abfälle: E - 280, I - 3.000

verbrauchte Bleibatterien: E - 20.000, I - 16.000

Insgesamt betrug die Einfuhr an gefährlichen Abfällen 1,6 Mio. t und die Ausfuhr 195.000 t. Bei nicht genehmigungspflichtigen Abfällen werden mit etwa 16 Mio. t schon seit mehreren Jahren gleich bleibende Mengen exportiert. Der Import hingegen nimmt stetig zu und lag im Jahr 2004 bei 11,6 Mio. t.

Die detaillierte Statistik und weitere Informationen sind im Internet unter der Adresse

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-daten/daten/gav/sta.htm>, veröffentlicht. Zur

Presseinformation gehören zwei Grafiken: Abbildung 1 stellt die Mengenangaben einzelner Abfallarten dar; Abbildung 2 die Verbringung genehmigungspflichtiger Abfälle in den Jahren 1995 bis 2004.

HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-060.htm>

PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-060.pdf>

Dessau, den 04.10.2005

Die Ökosteuerbilanz: ein Plus für Klima und Beschäftigung

Studien belegen positive Wirkung: 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid weniger und 250.000 Arbeitsplätze mehr

Die 1999 eingeführte Ökosteuer wirkt positiv auf den Klimaschutz und die Beschäftigung in Deutschland. Das zeigen drei aktuelle Studien des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des Instituts für Internationale und Europäische Umweltpolitik ECOLOGIC, die für das Umweltbundesamt (UBA) die Effekte der Ökosteuer auf Umwelt und Beschäftigung untersucht haben. Durch die Ökosteuer sparten die Deutschen allein im Jahr 2003 20 Millionen Tonnen klimaschädliches Kohlendioxid (CO₂). Zum Vergleich: Im Jahr 2003 stießen zum Beispiel die privaten Haushalte rund 120 Millionen Tonnen CO₂ aus. Zudem entstanden rund 250.000 Arbeitsplätze – vor allem bei personalintensiven Unternehmen und Anbietern von Energiespartetechnik. „Die Zahlen helfen, die Debatte über die Ökosteuer zu versachlichen. Es war 1999 richtig, die Ökosteuer einzuführen. Und es wäre für den Klimaschutz und den Arbeitsmarkt ein falsches Signal, jetzt auf sie zu verzichten“, sagte Prof. Dr. Andreas Troge, der Präsident des UBA, zu den Ergebnissen.

Die Ökosteuer verteuert den Verbrauch des Stromes sowie von Heiz- und Kraftstoffen. Damit gibt sie den Verbrauchern Anreize, Energie zu sparen und rationeller einzusetzen. Das Aufkommen der Ökosteuer fließt zu rund neunzig Prozent in die Rentenkassen. Dadurch verringern sich die Rentenbeiträge, die Beschäftigte und Arbeitgeber zu entrichten haben – die Ökosteuer macht Arbeit also billiger und schafft so Impulse für mehr Beschäftigung.

Das DIW hat die Wirkungen der Ökosteuer auf die Umwelt ermittelt. Das Ergebnis: Der Kohlendioxid-Ausstoß geht wegen der Ökosteuer kontinuierlich zurück. Allein im Jahr 2003 um etwa 2,4 Prozent – das sparte knapp 20 Millionen Tonnen klimaschädliches CO₂. Bis zum Jahr 2010 lassen sich jährlich sogar rund 24 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Die Ökosteuer ist damit eines der wichtigsten Klimaschutzinstrumente in Deutschland.

Auch die Beschäftigungssituation verbessert sich durch die Ökologische Steuerreform: Um netto etwa 250.000 Arbeitsplätze stieg laut DIW die Beschäftigung bis zum Jahr 2003. Diese Zahl belegt, dass die Ökosteuer Arbeitsplätze schafft und nicht – wie manche behaupten – zum Abbau beiträgt. Zwei Faktoren spielen dabei eine Schlüsselrolle: Erstens senkt die Ökosteuer die Lohnnebenkosten, weil das Aufkommen der Ökosteuer auch dazu dient, die Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung zu senken. Zu den Gewinnern der Ökologischen Steuerreform gehören deshalb vor allem die personalintensiven Unternehmen – wie zum Beispiel das Kredit- und das Versicherungsgewerbe.

Zweitens hat die Ökosteuer Unternehmen gefördert, die Produkte oder Dienstleistungen anbieten, mit denen sich die Energieeffizienz steigern lässt – zum Beispiel Anbieter von Wärmeschutzverglasungen, Niedrigenergiehäusern und Energiecontracting. Innovative Produkte und Dienstleistungen zum Energiesparen haben neue Märkte erschlossen und so den Gewinn der Firmen gesteigert. Weiterer positiver Effekt: In vielen Unternehmen hat die Ökosteuer betriebsinterne Innovationen bei der Energieeffizienz angestoßen oder unterstützt. Die Unternehmen konnten durch Innovationen in der Produktion den eigenen Energiebedarf senken und haben so international Wettbewerbsvorteile.

Die Studien über die Effekte der Ökologischen Steuerreform auf Umwelt, Beschäftigung und Innovation sind im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de/> veröffentlicht. Weitere Informationen finden Sie unter www.ecologic.de/modules.php?name=News&file=article&sid=1251.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-059.htm>
<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/pi05/pd05-059.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/91

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529,

email: info@safer-world.org , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt